

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 38 (2019)
Heft: 73

Artikel: Zahlen sichtbar machen - wenn Frauen zählen : Nachlese zum Frauenstreik
Autor: Madörin, Mascha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-847005>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zahlen sichtbar machen – wenn Frauen zählen

Nachlese zum Frauenstreik*

Schon Ende der 1980er-Jahre erschien das für feministische Makroökonominnen wegweisende Buch von Marilyn Waring mit dem Titel *If Women Counted. A New Feminist Economics* (1988). Als Mitglied der Kommission für öffentliche Finanzen befasste sich die junge Parlamentarierin mit der Revision der Nationalen Buchhaltung Neuseelands (in der Schweiz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, VGR). Im Vorwort zu ihrem Buch schreibt sie von einem «brutalen Erwachen» (ebd., 1), als sie feststellen musste, wie irritierend sie das System der Nationalen Buchhaltungen der UNO fand – als ausschlaggebende Richtlinie für die Revision der neuseeländischen VGR. Sie stellte rückblickend fest:

«Was für mich in meinem Land von besonderem Wert war – eine Umgebung ohne Verschmutzung, die sauberen Bergbäche, der Zugang zu Nationalparks, die Wanderwege, die Strände, die Wälder, die Abwesenheit von Atommächten und Atomenergie – all das zählte nichts. [...] Aber genau solche Rechnungssysteme wurden in der ganzen öffentlichen Politik verwendet. Da die Umwelt effektiv nichts zählte, konnten politische Massnahmen, die ihren Schutz gewährleisten sollten, auch keinen «Wert» haben. Hand in Hand mit dem Beiseitelassen der Umwelt in der VGR wurde ebenso klar, dass Frauen und die Frauenarbeit auf schwerwiegende Art unsichtbar sind. Zum Beispiel war es für mich als Politikerin praktisch unmöglich, aufgrund der Vorstellungen über Produktion zu beweisen, dass Kinderbetreuungsstätten notwendig sind. «Nichtproduzentinnen» (Hausfrauen und Mütter), die «inaktiv» und «nicht erwerbstätig» sind, können offensichtlich keinen Bedarf an öffentlichen Leistungen haben. Ja sie werden nicht einmal als Teil des Wirtschaftskreislaufes gesehen.» (Ebd., 1 f.)

* Der Artikel ist leicht modifiziert mit Einverständnis der Autorin von www.100-248-1.org übernommen.

Waring beschreibt in ihrem Buch nicht nur, wie entscheidend die verzerrte Darstellung des wirtschaftlichen Geschehens für die Politik ist, sondern auch, wie mit der Systematik der VGR im Verlauf der Zeit Politik gemacht und je nachdem verändert wurde. Auch Wirtschaftstheorie und -politik operieren mit diesen Verzerrungen und Einseitigkeiten bis heute.

Das Buch war eine wichtige Grundlage für die Forderung der UN-Frauenkonferenz von 1995 in Beijing: Die nationalen Wirtschaftsstatistiken sollten auch die unbezahlte Arbeit erfassen und sie als Teil des Bruttoinlandprodukts berechnen – als Teil der volkswirtschaftlichen Leistungen, die unseren Lebensstandard ausmachen. Viele feministische Ökonominnen hofften damals, dass die statistische Sichtbarmachung der riesigen Leistungen der Frauen und ihrer finanziellen Benachteiligung dazu beitragen würde, eine frauengerechtere Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Die statistische Sichtbarmachung hat bis heute noch nicht wirklich dazu geführt, dass das, was offensichtlich ist, wirklich zum öffentlichen und wirtschaftspolitischen Thema geworden wäre.

In der Schweiz erfolgt die Erfassung der unbezahlten Arbeit seit 1997 in Form eines sogenannten Satellitenkontos. Alle drei bis vier Jahre werden zur Arbeitskräfteerhebung zusätzliche Fragen zur unbezahlten Arbeit zu Hause und zu freiwilliger Arbeit für Personen, die in anderen Haushalten leben (z. B. Eltern, NachbarInnen), erhoben und monetär bewertet. Beim Frauenstreik von 1991 lagen diese Daten noch nicht vor. Dass sie sechs Jahre nach dem Frauenstreik und nun seit zwanzig Jahren in der Schweiz vorbildlich gut erhoben und öffentlich dargestellt werden, ist jedoch im Wesentlichen auf den Frauenstreik und den nachfolgenden Aufbruch der Frauenbewegung in den 1990er-Jahren zurückzuführen. Ruth Dreifuss, die 1993 gewählte Bundesrätin, setzte sich damals stark für die Umsetzung der Beschlüsse und Empfehlungen der UN-Frauenkonferenz ein.

Als in der Schweiz in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zahlreiche Initiativen in Städten und Kantonen zu geschlechtergerechten Budgetinitiativen entstanden, lagen zur unbezahlten Arbeit noch gar keine Zahlen vor. Und als wir sie hatten, merkten wir, wie schwierig es ist, unbezahlte Arbeit als wichtigen Teil der Wirtschaftspolitik in die Debatten um Staatsfinanzen miteinzubeziehen.

Etwa zehn Jahre lang dauerte der wirtschaftspolitische Aufbruch nach dem Frauenstreik. Er versandete aber spätestens nach Einbruch der Finanzkrise von 2008. Seither werden diese beeindruckenden Daten in den öffentlichen und wirtschaftspolitischen Diskussionen nie oder kaum genannt. Doch dies wäre besonders wichtig. In gesamtwirtschaftlichen Analysen und Zusammenhangserklärungen kommen sie auch nicht vor – und schon gar nicht in sozial- und wirtschaftspolitischen Projekten unserer Regierungen.

Das muss sich ändern. Nur ist es für uns alle ungewohnt und deshalb schwierig, in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zu denken. Schon allein die Grössenordnungen sind schwer vorstellbar. Ohne diese ist es jedoch schwierig,

sich ein ökonomisch fundiertes Urteil zu bilden. Beispielsweise über die Möglichkeit des Ausbaus öffentlich finanzierter Kinderbetreuung oder der Altenpflege: Die offensichtlich fehlenden Ausgaben in Milliardenhöhe für die Langzeitpflege oder die Milliarden Franken an Staatsausgaben für Kindertagesstätten und Schulen scheinen enorm zu sein. Sie sind jedoch gar nicht so horrend hoch im Vergleich zu dem, was Frauen unbezahlt leisten: In monetären Werten gerechnet sind es 248 Milliarden Franken (2016).

Deshalb sollen 100-248-1 als Kennzahlen lanciert werden

Über dreissig Frauen, die sich ad hoc zusammenfanden, haben in vier Sitzungen diskutiert, welche Zahlen wir definieren wollen. Es sollen Zahlen sein, die jede Frau als Einwohnerin der Schweiz auswendig kennen sollte. Zudem geht es um elementares Grundwissen über unsere Wirtschaft.

Die Zahlen sind in Milliardenhöhe zu verstehen: Frauen verdienen jährlich 100 Milliarden Franken weniger als Männer, obwohl Frauen und Männer insgesamt gleich viele Stunden arbeiten. Die Zahl beruht auf den neuesten Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union, das für die einzelnen Länder einen sogenannten Gender Overall Earnings Gap (geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschied) eruiert. In der Schweiz beträgt dieser Unterschied 44,5 Prozent, was gemäss meinen Schätzungen 110 Milliarden Franken für Löhne, Gehälter, AHV- und Pensionskassenbeiträge für das Jahr 2014 entspricht. Ohne Grenzgängerinnen und auf heute bezogen kann mit mindestens 100 Milliarden Franken gerechnet werden. Die 248 Milliarden Franken weisen den monetären Wert der unbezahlten Arbeit der Frauen pro Jahr in der Schweiz aus. Sie übertreffen alle Ausgaben, die der Bund, alle Kantone und alle Gemeinden tätigen. Die Eins steht für rund eine Milliarde Stunden, die Frauen jährlich unbezahlt und allein für die Kinderbetreuung aufbringen; fast doppelt so viele Stunden als alle Männer im Baugewerbe arbeiten.

Um zu illustrieren, wie unglaublich gross Milliarden sind, haben wir ähnlich grosse Zahlen in anderen Bereichen des Wirtschaftens gesucht, wie z. B. Staatsausgaben und -einnahmen, Konsumausgaben, Bruttowertschöpfung (BWS sind Teile des Bruttoinlandprodukts) der Banken und der Industrie, Volumen der Erwerbsarbeit und Arbeitseinkommen. Wir wollten mit relevanten ökonomischen Vergleichen den unglaublichen Umfang von unbezahlter Arbeit, die Frauen leisten, sichtbar und ihre wirtschaftspolitische Relevanz verständlich machen. Wir haben uns viele mögliche Vergleiche angesehen. Daraus haben wir eine Wahl getroffen; es gäbe noch viele andere. Das animiert hoffentlich, nach weiteren Vergleichen zu suchen. Je nach wirtschaftlicher oder politischer Fragestellung eignen sich andere. Mit diesen Zahlen und Vergleichen hoffen wir natürlich auch, Frauen Argumentationshilfe zu bieten.

Wir haben Franken als Rechnungseinheit gewählt, weil es wichtig ist, die unglaublichen Dimensionen der finanziellen Benachteiligung der Frauen in der Schweiz zu beziffern. Gleichzeitig ist es aber wichtig, auch in Stunden zu rechnen. Wir haben alle nur 24 Stunden pro Tag zur Verfügung. Frauen sind chronisch knapp an Zeit. Es geht nicht, dass die Politik immer wieder Sparprogramme ankündigt, die nichts anderes zum Ziel haben, als Leistungen abzubauen, die letztlich in die Privathaushalte abgewälzt werden. Das heisst nichts anderes als mehr unbezahlte Arbeit im Bereich der Betreuung von Kindern und der Pflege von Kranken, die vorwiegend an den Frauen hängen bleibt. Gleichzeitig wird von der Politik auf mehr Erwerbsarbeitszeit zwecks Vollerwerbstätigkeit gepocht. Unbezahlte Arbeit wird in der Wirtschaftstheorie immer noch als frei verfügbar angesehen, weil sie eben nicht bezahlt wird. Aber sie ist begrenzt – das Geld hingegen nicht, jedenfalls nicht für Banken und das eine Prozent der Bevölkerung, das immer reicher wird.

Deshalb ist die Veröffentlichung dieser Zahlen ein wichtiger Anfang. Natürlich werden wir in dieser Sache weiter experimentieren, basierend auf Erfahrungen und Diskussionen mit Fortbildungen. Wir werden Weiterbildung anbieten, ebenso Workshops oder Referate. Wir hoffen aber auch, dass der Frauenstreik 2019 zum Auftakt für einen erneuten wirtschaftspolitischen Aufbruch unter den Frauen wird, so wie er nach dem Frauenstreik ab 1991 in der Schweiz in Gang gekommen ist.

Literatur

Waring, Marilyn, 1988: If Women Counted. A New Feminist Economics. San Francisco

WIDERSPRUCH

unser Newsletter viermal im Jahr
➔ widerspruch.ch/newsletter